

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erwerbslosenfragen vor dem Landtag.

Beratungen im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Landtages behandelte heute zunächst den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Bezirksfürsorgeverbänden für die Sonderunterstützung für Kurzarbeiter 10 Proz. der Kurzarbeiterunterstützung vom Staatsministerium zur Verfügung zu stellen.

Der Berichterstatter, Genosse Christange und die Genossin Hanna schenken sich für die Annahme des Antrages ein, mit der Begründung, daß es die Gemeinden zu stark belasten würde, die 10 Proz. Sonderunterstützung, die vom Reiche nicht erstattet werden, aus eigenen Mitteln zu zahlen.

Der Regierungsvertreter erklärte sich gegen den Antrag, da Preußen nicht berechtigt ist, entgegen den reichsgerichtlichen Bestimmungen eine Regelung zu treffen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Sodann folgte die Beratung eines kommunistischen Antrages, der eine Einwirkung auf die Reichsregierung verlangt, daß die von der Herabsetzung in der Erwerbslosenfürsorge betroffenen Gemeinden wieder in die alten Wirtschaftszonen bzw. Klassen zurückversetzt werden.

Ein Vertreter des Zentrums schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an. Was der Staat bisher auf dem Gebiete produktiver Erwerbslosenfürsorge getan hätte, sei viel zu mangelhaft. Die Erwerbslosenfrage sei das ernsteste Problem der Gegenwart. Es bliebe für den Staat nichts anderes übrig, als die nötigen Mittel auf dem Wege der Anleihe zu beschaffen.

Eine längere Debatte löste der immer wiederkehrende Agitationsantrag der Kommunisten aus, den verheirateten Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 100 M., jedem Familienmitglied 10 M. und den Unverheirateten 50 M. zu zahlen.

Zum Ableben Richard Fischers.

Beileidskundgebungen von überall.

Beim Parteivorstand und bei der Redaktion des „Vorwärts“ laufen weiter zahlreiche Beileidsbezeugungen aus Anlaß des Ablebens unseres Genossen Richard Fischer ein.

Die russische Sozialdemokratie betrauert mit Ihnen den Tod des Genossen Richard Fischer, eines der verdienstvollsten Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung.

Ferner liefen Beileidstelegramme ein vom Vorstand der deutschen Zentrumsparlei, von der Redaktion der „Berliner Volkszeitung“, von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Bayerns, vom Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner, vom Einheitsverband sozialistischer Handels- und Gewerbetreibender und von einer Reihe anderer Organisationen und zahlreicher Einzelpersonen.

Die Abrüstungskonferenz.

Zusammentritt binnen Jahresfrist.

Genf, 23. September. (WIZ.) Die Völkerverversammlung hielt heute vormittag eine Vollversammlung ab, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz besprochen wurde.

Standpunkt, daß selbstverständlich eine Erhöhung der Unterstützungssätze und eine Verlängerung der Unterstützungsdauer anlässlich der katastrophalen Not der Erwerbslosen unerlässlich sei. Dahingehende Anträge sind ja bekanntlich im Reichstage wiederholt von den Sozialdemokraten gestellt, ausgiebig behandelt und abgelehnt worden.

aus rein agitatorischen Gründen

über jeden herfallen, der nicht bedingungslos ihre meistens undurchführbaren Anträge unterstützt. Der kommunistische Antrag läßt übrigens die Frage offen, ob bei einer Arbeitslosigkeit von nur vier Wochen diese Beihilfe ebenso gezahlt werden soll, wie bei einer Dauer von einem Jahre.

Ergänzt wurden diese Ausführungen durch den Genossen Leid, der auf die große Zahl von Anträgen hinwies, die dem Haupte über die Erwerbslosigkeit vorliegen. Mit Resolutionen ist nichts mehr zu machen. Ebenjowenig sei den Erwerbslosen gedient mit Beschlüssen, die nur eine Einwirkung auf die Reichsregierung verlangen.

Was wird mit den Ausgesteuerten?

Noch springen die Gemeinden helfend ein und zahlen aus eigenen Mitteln weiter; lange kann das nicht mehr so weitergehen. Hier muß der Staat eintreten und Mittel zur Verfügung stellen.

Ein Vertreter des Zentrums schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an. Was der Staat bisher auf dem Gebiete produktiver Erwerbslosenfürsorge getan hätte, sei viel zu mangelhaft. Die Erwerbslosenfrage sei das ernsteste Problem der Gegenwart.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die Staatsregierung sich des ganzen Ernstes der Lage bewußt sei. Deshalb sei das Finanzministerium

bereit, größere Mittel als bisher zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit zur Verfügung zu stellen

und in kürzester Zeit eine entsprechende Vorlage an den Landtag zu stellen.

Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Wende (Soz.), der von der Reichsregierung eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Verlängerung ihrer Dauer verlangt.

Der Wirtschaftsparteiler Bischoff glaubte die Interessen der kleinen von der Arbeiterschaft abhängigen Geschäftseleute: dadurch besonders wirkungsvoll wahrzunehmen, daß er gegen die Erhöhung der Unterstützungssätze stimmte!

gen zu schaffen; diese Bemühungen müßten unermüdlich fortgesetzt werden. Das Abkommen von Locarno habe den Weg dazu gebahnt und eine neue bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Unterkommission bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, so daß die Einberufung der Konferenz vor der nächsten Völkerverversammlung möglich erscheine und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte.

Stresemanns Bierabendrede.

Weitere Pariser Pressekritik.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Presse bespricht auch weiterhin ausführlich die Genfer Rede Dr. Stresemanns vor der deutschen Kolonie und kommt beinahe einstimmig zu dem Schluss, daß sie eine bedauerliche Entgleisung des deutschen Außenministers darstelle.

Recht und Volk.

Nachwort zu den Juristenkongressen.

Von Kurt Rosenfeld.

Die Tagungen der beiden bedeutendsten Organisationen deutscher Fachjuristen — in Bonn die Konferenz der Internationalen kriminalistischen Vereinigung und in Köln der Deutsche Juristentag — hatten bedauerlicherweise die Fragen der völligen Umgestaltung der deutschen Justiz nicht auf ihrer Tagesordnung.

Nicht einmal auf der Tagung der Internationalen kriminalistischen Vereinigung hätte, wenn es allein nach dem Vorstand dieser zu Liszt's Zeiten so angelegenen, so reformfreudigen Vereinigung gegangen wäre, die Frage der jetzt allgemein anerkannten Krise der deutschen Rechtsfrage eine Rolle gespielt, obwohl der Vorstand verpflichtet gewesen wäre, diese Frage zur Besprechung zu bringen.

Zur Rede gestellt, erklärte der Vorstand, daß er diesen Beschluß nicht ausgeführt habe, weil befürchtet worden sei, bei Erörterung dieses Themas würden die Bahnen wissenschaftlicher Erörterungen verlassen werden und es würde zu parteipolitischen Erörterungen kommen.

Erreicht hat übrigens der Vorstand der Vereinigung sein Ziel, die Besprechung der Justizfrage zu vermeiden, doch nicht. Denn bei der Erörterung der auf der Tagesordnung stehenden Frage des im Strafgesetzentwurf vorgesehenen freien richterlichen Ermessens des Richters platzten die Geister doch aufeinander.

Die von sozialdemokratischen Juristen gerade unter diesem Gesichtspunkte vertretene Auffassung, daß Argwohn und Mißtrauen gegen die deutsche Justiz bestehen, auch durch die Praxis täglich neue Nahrung finden und daß infolgedessen bei der jetzigen unsozialen und antirepublikanischen Haltung der meisten Richter die Erweiterung des freien richterlichen Ermessens nicht beschlossen werden dürfe, fand in der Versammlung wenig Verständnis.

Der Deutsche Juristentag hat ein wenigstens etwas freundlicheres Bild. Er beschäftigte sich auch mit Fragen, die für Partei und Gewerkschaft von größter Wichtigkeit sind: mit den Befugnissen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, mit der Behandlung des sogenannten Ueberzeugungserbrechers im künftigen Strafgesetzbuch und mit der Haftung der Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für unzulässige Kampfhandlungen.

Bei der Besprechung der Einrichtung der Untersuchungsausschüsse galt es, einen reaktionären Vorstoß, besonders der deutschen Richterorganisation, abzuschlagen. Diese Frage war nämlich auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil ein Richterkongreß der Befürchtung Ausdruck gegeben hatte, daß die Unabhängigkeit der Richter und die

Durchführung von Strafverfahren durch die Untersuchungsausschüsse beeinträchtigt werden könnte. Vor allem war es der satifam bekannte bayerische Richter Müller, einst als Abg. Müller-Meinigen Vorkämpfer gegen die Reaktion, der den reaktionären Bemühungen um Einschränkung der Befugnisse der Untersuchungsausschüsse dadurch Vorschub leistete, daß er sich die unerhörte Beschimpfung gestattete, man könnte durch ein parlamentarisches Untersuchungsverfahren „auch Lumpen im eigenen Lager bedecken“. Es gelang wenigstens, alle Angriffe auf die Untersuchungsausschüsse zurückzuweisen und zu verhindern, daß durch einen Beschluß Änderungen des geltenden Gesetzes gefordert wurden, die eine Einengung der Befugnisse der Untersuchungsausschüsse bedeuteten hätten. Die Abweisung dieser reaktionären Anschläge ist das erfreulichste Ergebnis des Deutschen Juristentages.

Bei der Erörterung des Vorschlags, Angeklagte, die aus einer bestimmten Ueberzeugung heraus mit dem Gesetz in Konflikt geraten, vor Zuchthaus und Gefängnis zu schützen und nur zur Einschließung zu verurteilen, lehnte der Juristentag diesen vom Genossen Kadbruch in ausgezeichnete Form vertretenen Gedanken ab.

In der Frage der Haftung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände für Kampfhandlungen, die nach der Rechtsprechung als unzulässig anzusehen sind, kam der Juristentag, trotz des Widerspruchs des Genossen Einzheimers zu einem für die Arbeiterbewegung recht ungünstigen Beschluß, nämlich zu der Forderung, daß die nicht rechtsfähigen Vereine — das sind die heutigen Gewerkschaften — ebenso für alle Schadenersatzansprüche aus unzulässigen Kampfhandlungen in vollem Umfang haften sollen wie rechtsfähige.

Aus der ganzen Haltung des Juristentages und seinen Beschlüssen ging hervor, daß man in den Kreisen der Juristen noch sehr wenig Verständnis für die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft hat. Es waren in der Hauptsache die sozialdemokratischen und nur einzelne freigeistige bürgerliche Juristen, die sich mit Wärme und Eifer für die Forderungen des Volkes einsetzten. Dabei sei besonders des Vorsitzenden des deutschen Richtervereins, des Senatspräsidenten am Reichsgericht Reichert gedacht, der selbst anerkannte, daß oft Fehltritte gesprochen werden, die auch die Richterorganisation bedauern.

Wesentlich als alle Beschlüsse der beiden Fachkongresse war die Konferenz der Vereinigung der sozialdemokratischen Juristen, die zu einer engeren Fühlungnahme unserer über das ganze Reich zerstreuten Juristen untereinander und mit den erfreulicherweise auch aus Oesterreich erschienenen parteigenösslichen Juristen führte. Die Aufforderung dieser Vereinigung, welcher sich alle der Partei angehörenden Juristen baldmöglichst anschließen sollten, daß, unabhängig von allen Bestrebungen bürgerlicher Juristen angeht, die in der letzten Zeit immer unerträglicher gewordenen und mit der allgemeinen demokratischen Entwicklung in immer stärkerem Gegensatz geratene Klassen- und Parteijustiz die sozialdemokratische Partei mit aller Kraft für eine schnelle und umfassende Justizreform einzutreten möge, ist nur zu begrüßen. Wenn die sozialdemokratischen Juristen ihr Versprechen erfüllen, die Partei in der Lösung dieser Aufgabe zu unterstützen und ein Aktionsprogramm zur Justizreform vorzulegen, so würde der Kampf um die Justiz erleichtert werden.

Bald wird der politische Kampf von neuem entbrennen. Dann werden die Arbeiterklasse und ihre Vertretungen um eine durchgreifende Justizreform in erster Linie zu kämpfen haben. Nicht von gelehrten Juristentagen sondern nur von der Arbeiterschaft kann der entscheidende Anstoß zur Justizreform gegeben und die so bitter notwendige Justizreform durchgeführt werden.

Die Rußland-Delegierten.

SPD.-Mitglied Bielig-Zwickau — gibt es nicht.

Unser Zwickauer Parteiblatt, das „Sächsische Volksblatt“, hat die folgenden Feststellungen getroffen:

„Die „rote Fahne“ berichtet in ihrer Nummer vom 21. September über die Rückkehr der sogenannten 2. Arbeiterdelegation aus Rußland. Sie druckt dabei einige Aeußerungen von SPD.-Mitgliedern ab, die an dieser Rußlanddelegation teilgenommen haben. U. a. bringt sie dabei die Aeußerung eines Holzarbeiters unter der Ueberschrift: „Bielig, Mitglied der SPD. Zwickau i. S.“ Wir stellen demgegenüber fest, daß es in Zwickau kein Mitglied der SPD. mit Namen Bielig gibt, daß auch von der Zwickauer SPD., trotz mehrfacher Bemühungen der Kommunisten, kein einziges Mitglied an der sogenannten 2. Arbeiterdelegation teilgenommen hat.“

Zu dem „sozialdemokratischen Redakteur“ Bodien, der kein sozialdemokratischer Redakteur ist, kommt das SPD.-Mitglied Bielig, das es nicht gibt.

Die Schauspieler im kommunistischen Rußlandtheater müssen sehr genau angesehen werden!

„Entschiedene Linke.“

Der Wirtwart im kommunistischen Lager.

Die kommunistische Opposition besteht aus den verschiedensten Gruppen und Gruppchen. Links von der SPD. existiert seit langem die KAPD, eine ganz revolutionäre, entschieden antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Gruppe. Aus den Streikfronten in der SPD. hat diese Gruppe in letzter Zeit Vorteile gezogen. Als ihr Organ erscheint die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ jetzt zweimal wöchentlich. Aus ihren Reihen werden in kommunistischen Parteiverfammlungen meistens die Zwischenrufer gestellt. Neben ihm hat die Gruppe Korsch-Schwarz jetzt ihr bisheriges Diskussionsblatt „Kommunistische Politik“ in ein neues Organ verwandelt, das den Titel „Entschiedene Linke“ trägt. Diese Gruppe will unter allen Umständen vermeiden, mit dem „schwächlichen, inkonsequenten Weber, mit den verlogenen, prinzipienlosen Führern Ruth Fischer-Maslow“ verwechselt zu werden, die ebenfalls „angeblich kommunistische Politik“ treiben. Mit dieser Gesellschaft wollen Korsch und Schwarz „nicht in einen Topf geworfen werden“. Ihr Kampf gilt „dem offenen und verdeckten Reformismus und dem offenen und verdeckten Sumpf“ der kommunistischen Partei in Deutschland und in Rußland. Die Opposition in Rußland ist diesen Leuten nicht entschieden genug. Sie sei zwar ein wichtiges Symptom der wachsenden Radikalisierung der Proletariatsmassen, aber vollständig unfähig, die russischen Aufgaben in revolutionärem Sinne zu lösen. Ihrer Zusammensetzung nach sei sie „ein haltloses Konglomerat“ von Sinowjew zu Trotzki, Rabel und Brandier. Diese Opposition kennt nur einen „kleinlichen Kampf“ gegen die personelle Diktatur des Generalsekretärs Stalin. So ist es begreiflich, daß die KAPD. die Hoffnung ausdrückt, in dieser „Entsiedenen Linke“ demnächst einen Bundesgenossen zu finden.

In diese „Entsiedenen Linke“ reihen sich die beiden „Renegaten“ und „Agenten der Bourgeoisie“, Maslow und Ruth Fischer. Aus der SPD. sind sie schon hinausgeworfen, zu einer neuen Organisation haben sie es aber noch nicht gebracht. Sie fungieren augenblicklich als illegale Zentrale der in der SPD. vorläufig noch verbliebenen oppositionellen Zellen. Sie stehen in engster Verbindung mit den 700 Unterzeichnern des bekannten Aufrufs gegen die SPD.-Zentrale. Da mindestens hundert der maßgebenden Unterzeichner demnächst aus der SPD. ausgeschlossen werden, wird sich um diese neuesten „Bourgeoisagenten“ zweifellos eine neue Gruppe zusammenschließen, die der kommunistischen Partei wahrscheinlich am gefährlichsten werden wird, da sie in allen Organisationen ihre Verbindungsmänner behält und unterirdisch wählt.

Natürlich wird auch diese Gruppe in absehbarer Zeit gezwungen sein, mit einem eigenen Organ hervorzutreten. Jedes hat den Stein der Weisen gefunden und wird unwiderleglich nachweisen, daß alle anderen Verräter sind.

Volksbegehren in Hessen.

Darmstadt, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Untersuchungsausschuss zur Prüfung des Volksbegehrens hat seine Arbeiten nach wochenlanger Tätigkeit beendet. Er hat festgestellt, daß von den 152.863 angeblich abgegebenen Stimmen weit über die Hälfte ungültig ist und hat damit ein politisches Betrugsmanöver der Rechten von größtem Ausmaß festgestellt. Als gültig wurden lediglich 62.000 Unterschriften anerkannt. Für das Volksbegehren selbst waren jedoch nur 42.500 Stimmen notwendig, so daß nunmehr der Antrag auf Auflösung des Landtages diesem zugestimmt wird, der über die Durchführung des Volksbegehrens und den Zeitpunkt der Auflösung zu entscheiden hat.

Blinde Justiz.

Rechts milde, links scharf.

Kön, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Befreiungsnacht vom 31. Januar auf den 1. Februar wurde in Krefeld der Führer des dortigen Reichsbanners Dyen von nationalistischen Horden in seiner Wohnung überfallen und mißhandelt. Da die Täter einwandfrei festgestellt werden konnten, erfolgte Anzeige bei der Oberstaatsanwaltschaft. Nach monatelanger Untersuchung wurde jetzt mitgeteilt, daß der Oberstaatsanwalt das Verfahren eingestellt habe, weil nicht mit genügender Sicherheit festgestellt werden könne, welche Personen oder welche Gruppe den Streik begonnen und welche Gruppe sich in Notwehr befunden habe. Diese Entscheidung der Oberstaatsanwaltschaft zeigt deutlich, wie auffallend milde Rechtsradikale bei derartigen Zusammenstößen behandelt werden, während gegen Anhänger von Linksparteien viel schärfer vorgegangen wird.

Der Prozeß Sacco und Vanzetti.

Entfaltungen des Verteidigers.

Rioffo, 23. September. (Eigener Bericht.) Wie der „Quanti“ aus New York erfährt, hat der Verteidiger von Sacco und Vanzetti in der Debatte über das Wiederaufnahmeverfahren verschiedene Regierungsgenossen mit genauesten Angaben beschuldigt, mit der Staatsanwaltschaft des ursprünglichen Prozesses ein Komplott betrieben zu haben, das um jeden Preis die Todesstrafe gegen die beiden Unglücklichen herbeiführen sollte, weil diese Agenten in der Todesstrafe das beste Mittel erblickten, sich der beiden Revolutionäre zu entledigen, deren Deportation unausführbar war.

„Der gerichtlichen Behörde“, so erklärt der Verteidiger, „ist es nicht gelungen, sich die nötigen Beweismittel zu verschaffen, um die Deportationsstrafe ausprechen zu können. Die Agenten machten sich daraufhin an die Aufgabe, Beweiselemente auszutreiben, die gestatteten, Sacco und Vanzetti wegen Mordmordes zu verurteilen und auf den elektrischen Stuhl zu schicken.“

Der Wokat fügt hinzu, daß einige von diesen Beamten jetzt noch in Staatsdiensten sind und daß jeder Amerikaner Scham empfinden müsse, wenn er erfahre, daß einige ihrer Beamten in einer so nichtswürdigen Art und Weise ausländische Staatsangehörige behandelt haben. Zur Unterstützung seines Wiederaufnahmearbeiters hat der Verteidiger das Geständnis des Mörders Madeiros eingereicht, den Mord begangen zu haben, denen man heute Sacco und Vanzetti bezichtigt.

(Im Gegensatz zu dieser Information steht jedoch die Nachricht, daß die Revision der beiden Italiener immer noch geprüft wird und daß die Behörde noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen ist.)

Erhöhte Produktivität.

Von M. Sostschenko.

Ein schrilles Klingeln ertönte auf der Treppe. Ich stürzte zur Türe, um zu öffnen. Da drängte sich ein Mensch hastig ins Vorzimmer. Er war schlicht nicht bei Sinnen. Sein Mund war geöffnet, der Schnurrbart hing herunter, die Augen blickten irr und der Schweiß perlte ihm von der Stirn. Die halb angezogene Jacke war zerrissen.

„Der Gasometer?“ röchelte wild der Mensch. „Was? Wo?“ Ich ächzte vor Schrecken und hob den Finger gegen die Zimmerdecke.

Der Mensch sprang auf ein Tischchen, zertrat einen neuen Damenhut und beach den Gasometer.

„Genosse“, fragte ich erschrocken, „wer sind Sie denn, mit Verlaub? Vielleicht Kontrolleur?“

„Kontrolleur“, sagte heiser der Mensch. „Jetzt sehe ich nach und muß gleich weiterlaufen.“ Er sprang zu Boden, stieß mit dem Fuß an die Ecke einer Truhe und stürzte mit Stöhnen zur Ausgangstür.

„Genosse... Brüderchen...“ sagte ich, „setzen Sie sich doch, ruhen Sie sich doch aus... Sie sehen so schlecht aus...“

Der Kontrolleur blieb stehen, schöpfte Atem und sagte: „Fu... Wirklich... Ich bin hundsmüde heute... Es sind doch hundert Wohnungen... Früher hatten wir nur 60 unter der Kontrolle und jetzt 80... Und wenn man mehr macht, so bekommt man eine Prämie... Heute will ich 150 kontrollieren und Schlaf... Ich brauche nicht viel. Ich bin nicht habgierig.“

„Nun und haben Sie genug Zeit dazu?“ fragte ich vorsichtig und richtete den zerdrückten Hut auf.

„Ja“, antwortete der Kontrolleur. „Nur ist das Publikum an die Erhöhung der Produktivität noch nicht gewöhnt. Es erschrickt vor der Schnelligkeit... Gestern lief ich in Nummer 7 hinein, und man dachte, ich wäre ein Räuber. Man schrie. In Nummer 9 zerbrach ich ein kleines Tischchen — wieder Geschrei und Unzufriedenheit. Im Nachbarnhaus rief ich aus Versehen den Gasometer herunter. Der Wohnungsbesitzer wollte mir eine Ohrfeige geben. Ach, Genossen, wie schade, daß sich die Leute nicht anpassen können. Nur in Ihrer Wohnung ist es still und nobel... Ist der Hut noch zu gebrauchen? Habe ich ihn am Ende zerdrückt?“

„Natürlich“, sagte ich delikant und band die gebrochenen Federn auf dem Hut zusammen.

„Ja, ja, diese Damenmoden“, sagte der Kontrolleur unbestimmt und schüttelte vorwurfsvoll den Kopf.

Er trampelte zur Tür und setzte hinzu: „Es ist ein Jammer mit dieser Erhöhung der Produktivität. Man strengt sich mit ganzer Seele an und das unkultivierte Publikum nimmt an dieser Schnelligkeit Anstoß... Fu... Ich muß weiter laufen. Auf Wiedersehen...“

Er riß sich vom Plafond, klopfte sich auf die Knie, schrie auf, und mit einem Sprung befand er sich auf der Treppe. Die Produktivität stieg.

(Nach dem Russischen von Olga Brad.)

Massenverdienst in der Kunst.

Das Titelbild in einem der letzten Hefte der „Funkstunde“, „Professor Hugo Rüdell in seinem Arbeitszimmer im Dom“, hat wohl bei vielen Wissenden Erstaunen und Kopfschütteln hervorgerufen: Hugo Rüdell nun auch noch Leiter des Funkchors! Bisher war er „nur“ Direktor des Domchors, Direktor des Staats-Opernchors und des Opernchors der Hochschule für Musik, Dirigent des Berliner Lehrergesangsvereins. Ein fünftes Amt ist hinzugekommen, und Professor Rüdell bewältigt alles. Da drängen sich unwillkürlich einige Fragen auf:

1. Ist Deutschland so arm an guten Musikern, daß Professor Rüdell allein imstande ist, fünf so wichtige und für Deutschlands musikalischen Ruf so verantwortungsvolle Ämter zu leiten?

2. Ist die Arbeitskraft eines Menschen überhaupt fähig, fünf so schwierige und darum hoch bezahlte Ämter zu verwalten, oder erfordert jedes dieser Ämter nur so minimale Arbeitsleistung, daß ein Mensch sie nicht nur bewältigt, sondern noch nebenher Zeit findet, ausgedehnte und sehr einträgliche Reisen mit dem Domchor zu machen und den Chor der Bayreuther Festspiele zu leiten?

3. Muß in Zeiten großer wirtschaftlicher Not, unter der auch die Musiker schwer leiden, ein unerträglich anderer die Verdienstmöglichkeiten rauben?

Das soziale Gewissen Deutschlands schläft, sonst würde es derartige Zustände nicht dulden! Professor Rüdell wird als Direktor des Domchors nach einer Sonderklasse bezahlt. Wieviel das ist, entzieht sich der Kenntnis der meisten Menschen, sicher so viel, daß er ein standesgemäßes Leben damit führen könnte. Die Leitung des Funkchors soll, so erzählt man sich, die Kleinigkeit von 17.000 (siebzehntausend) Mark einbringen; dazu kommt das Gehalt als Opernchorleiter, des Hochschulprofessors, die Einnahmen von den Reisen des Domchors, die Vergütung für die Leitung des Berliner Lehrergesangsvereins und der Bayreuther Festspiele.

Trotz Revolution und Inflation hat es Professor Rüdell verstanden, sein Glück auch in der Republik zu machen. Die Republik bietet auch ihm, dem treuen Anhänger Wilhelms von Doorn, die besten Lebensmöglichkeiten. Wieviel Stellen sind noch frei für ihn?

Eine Mutter von 69 Kindern. Fälle von außergewöhnlicher Nachkommenschaft einer einzigen Frau sind im allgemeinen nicht sehr häufig. Es ist schon eine ungewöhnliche Erscheinung, wenn eine Frau mehr als 10 Kinder hat. Wenn die Zahl von 20 Kindern überschritten wird, so kann man schon fast von einem Wunder reden. Um so erstaunlicher ist ein Fall, auf den vor einiger Zeit die Wiener „Arztliche Landeszeitung“ hinwies, daß eine Frau nicht weniger als 69 Kinder erzeugt hat. Es handelt sich in dem besonderen Fall um ein Ehepaar, das offenbar ganz seltene Anlagen zur Erzeugung von Nachkommenschaft aufwies. Wenn nicht ein so angesehenes Blatt wie die oben genannte ärztliche Zeitschrift den

Bericht darüber gebracht hätte, könnte man an der Richtigkeit der Angaben zweifeln. Die Frau, die hier in Betracht kommt, hatte nie eine einfache Geburt, sondern viermal Vierlinge, siebenmal gebar sie Drillinge und nicht weniger als 16mal Zwillinge. Der Gatte dieser Frau hatte insgesamt 87 Kinder, von denen 84 am Leben sind, denn nachdem seine erste Frau, die ihm die oben erwähnten 69 Kinder geschenkt hatte, gestorben war, heiratete er zum dritten Male. Von seiner zweiten Frau hatte er noch 18 Kinder, und zwar in zwei Drillingsgeburten und sechs Zwillinggeburten. Diefem Manne, der 87 Kinder erzeugt hat, steht unter den bemerkenswerten Erscheinungen der Beobachtungen in der männlichen Linie ein Deutscher am nächsten, der von zwei Frauen 82 Kinder hatte. Ein russischer Bauer hatte von seiner ersten Frau 57, von seiner zweiten Frau 15, im ganzen 72 Kinder, und zwar zum Teil in Drillings- und Zwillingsschwangerschaften. In der älteren italienischen Literatur soll sich eine Mitteilung befinden über eine Frau, die nach 33 Schwangerschaften 53 Kinder gebar, ferner über eine 40jährige Frau, die Mutter von 42 Kindern war. In neuerer Zeit wird von einer Frau berichtet, die in 34jähriger Ehe 48 Kinder gebar. Derartige Fälle gehören allerdings zu den größten Seltenheiten. Ferner soll eine Brasilianerin, die ein Alter von 77 Jahren erreichte, nicht weniger als 44 Kinder geboren haben, von denen das erste im 15., das letzte im 47. Jahre geboren wurde, ohne daß jemals eine Mehrlingsgeburt zu verzeichnen war. Eine Tochter dieser Frau soll 19 Kindern das Leben geschenkt haben, darunter wieder eine Tochter, die bei ihrem im 31. Lebensjahre erfolgten Tode 18 Kinder hinterlassen hat.

Der Tod — ein Verstum. Natürlich ist das eine amerikanische Entdeckung, für deren Auswertung ein amerikanischer Arzt Dr. E. A. Fisk Jacobs eine Propagandaschrift unter dem Titel „Weg mit dem Tode!“ herausgegeben hat. Er erkennt an „zufällige Todesursachen“ nur mechanische Verwundungen, Verbrennen, Ertrinken usw. an. Alle übrigen Todesursachen, darunter auch Altersschwäche, sind „ein Unfug“, mit dem das von Fisk begründete „Institut für Lebensverlängerung“ endlich aufräumen will. Obwohl er zugibt, daß Krankheiten die Folge von Anhäufungen giftiger Stoffe im Organismus darstellten, behauptet er, daß daneben und in erster Linie der Mensch überhaupt nur sterbe, weil ihm von Jugend auf die Ueberzeugung eingebläutet werde, eines Tages sterben zu müssen. Wie wir also nur aus atavistischer Autosuggestion aufhören zu leben, so können wir nach Fisks Meinung durch einfache Umkehrung der Sache die physische Unsterblichkeit zu einer Dauererleichterung machen. Hoffentlich beweist er's zunächst einmal an sich selbst.

Volksbühne feiert deutsche Volksbühne. Die Berliner Volksbühne hat gegen die Deutsche Volksbühne eine Klage auf Unterlassung der Verurteilung „Deutsche Volksbühne“ eingereicht und eine einstweilige Verfügung beantragt, weil durch den Namen Deutsche Volksbühne vielfach Verwechslungen vorzukommen würden. Das Gericht hat dem Antrag stattgegeben. Die Berliner Volksbühne veranstaltet Vorstellungen ausschließlich in den ihr anvertrauten Theatern am Schlossplatz und am Schiffbauerdamm, ferner in der Oper am Platz der Republik, in den städtischen Schauspielhäusern und im Thalia-Theater.

Mary Wigman wird vor Antritt einer Tournee durch die städtischen Randtheater und durch Städtischen ihr neues Programm zum ersten Male am 1. Oktober im Schauspielhaus zur Aufführung bringen.

Die Politik des Reichsarbeitsministeriums. Sie erzwangt jeder Aktivität.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf veröffentlicht regelmäßig Uebersichten über die Ratifizierung von Abkommen. Die von den internationalen Arbeitskonferenzen beschlossen worden sind. Die letzte Uebersicht vom September 1926 ist sehr aufschlußreich. Deutschland figuriert da mit insgesamt vier Ratifizierungen von 24 Abkommen. Aber auch diese vier ratifizierten Abkommen sind — mit Ausnahme des Koalitionsrechts der Landarbeiter — belanglos. Wenn wir von den südamerikanischen Staaten absehen, wo die Sozialgesetzgebung entsprechend der industriellen Entwicklung noch sehr im Rückstande ist, dann rangiert Deutschland mit den Ratifizierungen von allen europäischen Industrieländern so ziemlich an letzter Stelle. Mit dem Anspruch, sozialpolitisch an der Spitze der Nationen zu marschieren, sieht es praktisch also sehr merkwürdig aus.

In seiner Rede auf der Londoner Konferenz der Arbeitsminister im März kündigte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an, daß das Arbeiterschutzgesetz, das auch die Bestimmungen über die Arbeitszeit enthält, noch im Sommer dem Reichskabinett zugehen würde. Dieses Gesetz sei so gestaltet, daß auf seiner Grundlage die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland erfolgen kann. Inzwischen ist es Herbst geworden, und man hört noch immer nichts von der Fertigstellung des Arbeiterschutzgesetzes. Es würde uns sehr interessieren, zu erfahren, wodurch diese Verzögerung verschuldet worden ist.

Auch mit der längst fälligen Verlängerung der Bezugsdauer der Erwerbslosenfürsorge scheint man es im Reichsarbeitsministerium trotz aller Konferenzen und „grundgesetzlichen“ Zustimmung nicht sehr eilig zu haben. Ueber die Verzweigung der Arbeitslosenversicherung, die sich der Erwerbslosen bemächtigt, dürfte man auch im Reichsarbeitsministerium informiert sein. Man scheint sich aber dort nicht sonderlich darüber aufzuregen. Vom Arbeitslosenversicherungsgesetz, das endlich die Erwerbslosenfürsorge ablösen soll, hört man überhaupt nichts.

Das Reichsarbeitsministerium hätte viele Möglichkeiten, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Wie ist es z. B. möglich, daß man im Ruhrbergbau in steigendem Maße Ueberschichten zuläßt, während noch 45 000 Bergarbeiter arbeitslos sind. Ueberhaupt müßte das Arbeitslosenproblem, das im wesentlichen eine Folge der Rationalisierung des Lohnabbaus ist, ganz anders angepaßt werden. Wenn in Reichsbetrieben der Achtstundentag systematisch überschritten wird, wenn bei der Reichsbahn unmenschliche und die Sicherheit gefährdende Dienstleistungen eingeführt werden, während gleichzeitig der Haushalt der Reichsbahngesellschaft mit der Zahlung von Wartegeldern an die abgebauten Beamten belastet wird, so sind das Zustände, an die man im Reichsarbeitsministerium ernstlich denken und gegen die man handeln müßte.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns läßt ankündigen, daß er am Sonnabend vor den Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes einen Vortrag halten werde, über die Arbeitnehmerschaft in Staat und Wirtschaft in der Nachkriegszeit. Das Thema ist sehr weit gefaßt. Wir würden uns freuen, wenn der Reichsarbeitsminister sich auf die wenigen, aber nichtsdessoweniger sehr wichtigen Fragen, die wir hier aufgeworfen haben, beschränken wollte, und zwar nicht nur in seiner Rede, sondern vor allen Dingen in seinen Taten.

Schweiz und Internationale.

Der Beitrittsbeschluss der Parteileitung.

Wie bereits mitgeteilt, hat die erweiterte Parteileitung der Schweizer Sozialdemokratie mit 31 gegen 16 Stimmen beschlossen, dem Parteitag den Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterinternationale zu empfehlen. In der Begründung dieses Antrages heißt es:

Die Entwicklung der letzten Jahre bestätigt die Tatsache, daß auch in der Demokratie die Macht des Kapitals es der Bourgeoisie ermöglicht, die öffentliche Meinung zu leiten, die Mittelschichten der Gesellschaft unter ihre Führung zu ziehen und dadurch das Proletariat niederzubringen. Sie bestätigt ferner, daß mit der Zuspitzung der Klassengegensätze und dem Anwachsen der internationalen Reaktion die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse sich verändern und sie zur Anwendung von außerparlamentarischen Kampfmitteln drängen.

Unter dem Einfluß der steigenden kapitalistischen Entwicklung, der Verschärfung der internationalen Reaktion und nicht zuletzt durch die Erfahrungen ministerieller Koalitionspolitik vollzieht sich in den Reihen des internationalen Proletariats ein Läuterungsprozess; er wird gefördert durch die Vorgänge in Rußland, wie innerhalb der

kommunistischen Internationale, deren schablonenhafte Uebertragung der Kampfmethoden gründlich scheiterte.

Durch diesen Läuterungsprozess werden jene Tendenzen innerhalb der Arbeiterklasse begünstigt, deren Ziel die Schaffung einer wirklichen, allumfassenden, im Frieden wie im Kriege aktionsfähigen Internationale ist.

Im Sinne dieser Erwägungen und mit der ausdrücklichen Verpflichtung ihrer Vertreter, gemäß den Grundzügen des Parteiprogramms im Rahmen der Internationale zu wirken, beschließt die Sozialdemokratische Partei der Schweiz den Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterinternationale und beauftragt die Parteileitung mit dem Vorschlag dieses Beschlusses.

Die Schweizer Sozialdemokratie hatte an der Konferenz von Zimmerwald während des Weltkrieges teilgenommen und sich jener „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien“ (Zentrale Wien) angeschlossen, die sich in Hamburg mit der Internationale der anderen sozialdemokratischen Parteien vereinigt hat.

Entscheidungsschlacht in China.

Die Kantongegner ziehen sich zurück.

London, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Nachrichten aus China besagen, daß eine große Entscheidungsschlacht zwischen Kanton-Truppen und denen des Generals Suntschuanfang, der sich planmäßig in die Berge zurückzieht, in der Gegend von Kiuksiang, etwa 350 Meilen von Schanghai entfernt, bevorsteht. Die Kanton-Truppen haben einen großen Teil der Provinz Kiangsi besetzt. Das Kabinett in Peking ist zurückgetreten, so daß Nord-China zurzeit keine Regierung besitzt.

Russische Hilfe für Fenggusiang.

London, 23. September. (M.B.) Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, der bolschewistische Reitergeneral Buhjennu sei mit einem großen Stabe unter Führung des Generals Bedew nach der mongolischen Grenze unterwegs. Er solle möglicherweise Marschall Fenggusiang als Ratgeber oder in anderer Weise unterstützen.

Alexandra Kollontai, die bekannte Schriftstellerin, ist zum russischen Gesandten in Mexiko ernannt. Früher vertrat sie Sowjetrußland in Norwegen.

Erziehung zur Sanftmut.

Es ist recht traurig: eine Jugendbillion nach der anderen geht in die Brüche. Was war uns früher ein Dompteur? — Ein Halb-gott in herrlich verschürter Phantasiuniform, der den Bestien mit Stahlgabel, Peitsche und Revolver seinen Willen aufzwang. Hoff und Furcht, die aus den Bilden der Raubtiere leuchteten, umgaben sein pomadisiertes Haupt mit einer Gloriole, er war der Jahrmarttsapostel des Uebermenschen. — Ach, wie sich die Zeiten ändern!

Im Zirkus Arone ist Probe. Brav wie Schulkungen sitzen acht große bengalische Tiger auf ihren Postamenten am Gitter des großen Manegefelds; und in der Mitte steht ein hemdärmeliger, blonder junger Mann und — redet seinen Tigern gut zu. „Kommt her, Tibet; so gut, brav, ganz brav, schön leg' dich!“ Und Tibet steigt langsam und gravitätisch von seinem Postament, geht mit wiegendem Kopfschritt ganz nahe zu seinem Dompteur und legt sich brav, ganz brav nieder. Auf die gleiche freundliche Aufforderung folgen ihm Nero, der „Verbrecher“, Colombo und Radio, bis alle vier in einer Reihe liegen. Nun greift der junge Dompteur in eine Seitentasche und wirft jedem ein Belohnungshäppchen rohes Fleisch zu. Den anderen vier wird manchmal die Sache ein wenig langweilig, und wie echte Schulkungen versuchen sie, über die Schulbank zu klettern, um eine private Kauferei anzufangen. Dann dreht sich der junge Mann um und verweist ihnen vorwurfsvoll ihr schlechtes Benehmen, und „Bombay“ bekommt einen rüchigen „Anschauer“. Manchmal knallt auch die Peitsche des jungen Dompteurs Montbaron, aber sie trifft nicht. Sie trifft nicht einmal den Verbrecher Nero, dessen Kauflust man gebraucht, um ihn den „wilden Mann“ spielen zu lassen. Denn das Publikum hat nicht genug an der wirklichen Zähmung, es will es einfach nicht wahr haben, daß man auch aus „Bestien“ ganz (freilich nur für den Dompteur) umgängliche Wesen machen kann. So stürzt sich „Nero“ auf den Dompteur, und unter seinem zermalmenden Biß splittert der vorgehaltene armide Holzstab. Auch dafür bekommt der „brave“ Nero seine Belohnungshäppchen, trotzdem er dabei nicht über Lust zeigt, aus dem Spiel ein wenig Ernst zu machen. Als er endlich in den Laufgang getrieben ist, kehrt er um und schlägt seine Zähne tief in die Planke, die den Abschluß des Laufganges bildet. Er ist doch noch nicht ganz „zivilisiert“. — Der junge Dompteur Montbaron aber erklärt radebrechend: „Haben Sie gesehen? — Ich schlage meine Tiere niemals! Immer geht Peitsche nur an sie vorbei! Wenn ich ihnen einmal schlage, verliere ich. Vertrauen von die Tiere, ohne Vertrauen ich kann nichts machen! Wenn ich ihnen habe ein Jahr, ich will gehen ohne Stange und Peitsche in dieselbe Käftig. . .“ Ach ja, das ist Montbaron, der jüngste Dompteur des Zirkus Arone, der vor wenigen Jahren noch Bettler war; ein pädagogisch absolut nicht vorgebildeter Mensch! — Aber man wünscht unwillkürlich, er möchte einmal vor einer Versammlung von gewissen „Berufspädagogen“ ein Privatstimm über Erziehung und Schläge lesen. . . denn es soll da Herren geben, die in der Beziehung noch etwas von dem jüngsten Dompteur lernen könnten!

Ein Zigeuner als Massenmörder.

Der Feind seiner Verwandten.

Ein unheimlicher Schwerverbrecher wird von verschiedenen Strafbehörden seit längerer Zeit vergeblich gesucht. Es handelt sich um einen 35—40 Jahre alten Zigeuner Hermann Johann Josef Herzberg, der wegen seiner Gemeingefährlichkeit auch von seinen eigenen Stammesgenossen allgemein gefürchtet wird.

Herzberg wurde am 20. August 1918 aus dem Zuchthaus in Sonnenburg entlassen. Er hat dort wegen Diebstahles an seiner Mutter 8 Jahre verbüßt. Seitdem treibt er sich wieder umher und hat von neuem schwere Verbrechen verübt. Unter seinem richtigen Namen wird er kaum irgendwo aufgetreten. Er nennt sich vielmehr Lutz, Schmidt, Rose und Rosenbach. Diese Namen hat er von seinem Vetter Karl Rosenbach übernommen, den er in Hamburg erschlug. Dem Toten schob er seine eigenen Papiere unter. So wurde Rosenbach unter seinem Namen beerdigt, und er selbst galt zunächst als tot, bis die Untersuchung aufgedeckt wurde. Am 3. August 1919 erschlug Herzberg in Bülzow in Pommern seinen Onkel. Knapp zwei Jahre später erschlug er in Saalmünde in Hessen seinen Schwiegervater. In Pommern schloß er einmal einen Vandjäger an, der ihn festnehmen wollte, ergriff die Flucht und entkam. Was er sonst noch viel auf dem Kerbholz hat, ließ sich noch nicht bestimmt feststellen. Herzberg, ein mittelgroßer zwei Zentner schwerer Mann, der auch Pferdehandel betreibt, führt unter den Zigeunern die Spinnnamen „Tommerli“ und „Bello“ (Vider). Er hat stets zwei Pistolen bei sich, von denen er bei dem geringsten Anlaß Gebrauch macht. Eine Zeitung soll er ein Motorrad besitzen und auch dementsprechende Kleidung getragen haben. Im Sommer und Herbst vorigen Jahres ist er noch in der Gegend von Stargard in Pommern gesehen worden, im Mai dieses Jahres in der Gegend von Braunschweig. Er soll auch verheiratet und Vater von zwei Kindern sein. Mitteilungen über sein Aussehen, vielleicht auch auf Pferdemarkten, nimmt Kriminalrat Gennat, Inspektion A, im Polizeipräsidium entgegen.

Durchnäht und hilflos.

Vollständig durchnäht und hilflos wurde gestern abend gegen 8 Uhr vor der Villa Seestraße 18 in Wannsee eine noch unbekannt junge Frau von etwa 25 Jahren aufgefunden. Sie hatte an der Villa geflingelt und hat die Bewohner, sie für die Nacht aufzunehmen. Diese hielten es jedoch, weil die Unbekannte vollständig erschöpft war, für geraten, die Polizei zu benachrichtigen. Diese brachte sie mit einem Rettungswagen nach dem Krankenhaus Nowawes. Die Frau, die den besser gestellten Kreisen anzugehören scheint, verweigert auch heute noch jede Angabe über ihre Person und über das, was ihr zugestoßen ist. Wahrscheinlich war sie irgendwo in den Wannsee gegangen, um sich das Leben zu nehmen, dann aber doch wieder aus dem Wasser herausgekommen. Darauf deutet auch hin, daß sie aus ihren Kleidungsstücken und der Wäsche alle Zeichen entfernt hat. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt die Kriminalpolizei des 162. Reviers in Zehlendorf entgegen.

Oesterreich und der Polizeikongreß.

Der dritte internationale Polizeikongreß vom 27. bis 30. September ist die Fortsetzung der Kongresse, die 1923 in Wien und 1925 in New York abgehalten wurden. Diese Berliner Tagung ist auf einen einstimmigen Beschluß der unter Leitung des Wiener Polizeipräsidenten Schöber stehenden internationalen kriminalpolizeilichen Kommission gelegentlich einer Wiener Tagung im April zurückzuführen. Beim ersten internationalen Polizeikongreß in Wien wurden die organisatorischen Grundzüge, nach denen die energische Bekämpfung des internationalen Verbrechertums durch zielbewusstes Zusammenwirken der kriminalpolizeilichen Behörden im Interesse aller Kulturstaaten eingerichtet werden soll, beschlossen. Mit der Durchführung dieser Beschlüsse wurde die internationale kriminalpolizeiliche Kommission in Wien betraut. Sie hat in den inzwischen abgelaufenen drei Jahren bereits namhafte, praktische Arbeit geleistet, die auch die Anerkennung zahlreicher Staaten gefunden hat. Nun soll der Berliner Polizeikongreß über die Weiterführung der eingeleiteten Aktion beraten. Bescheidend für die hervorragende Stellung der österreichischen Polizei im Kreise der internationalen Polizeibehörden ist die Tatsache, daß eine überaus große Anzahl von Referaten beim Kongreß von österreichischen Polizeifunktionären erstattet werden. U. a. referieren der Chef des

Wiener Sicherheitsbureaus, Hofrat Dr. Bahl, Polizeidirektor Dr. Bruno Schulz, Polizeidirektor Dr. Brandl, Hofrat Dr. Dreßler, Regierungsrat Dr. Bette, Hofrat Dr. Reimer, Dozent Dr. Türkl, sowie der Grazer Universitätsprofessor Hofrat Dr. Benz.

Die Sicherheit auf den Schienen.

Der Streifendienst soll jetzt doch verstärkt werden.

Der Generaldirektor der Reichsbahn hat an alle ihm untergeordneten Dienststellen eine Verfügung erlassen, durch die eine Erhöhung der Sicherheit im Eisenbahnverkehr herbeigeführt werden soll. In der Verfügung heißt es:

„Der Streifendienst ist überall so zu verstärken, daß alle Strecken des Bezirks mindestens einmal bei Nacht vom Streifendienst möglichst mit Polizeihund begangen werden können. Die Streifensträfte müssen bei diesen Streifgängen auch eine Signalpeife, elektrische Taschenlampe und Knallpatronen bei sich führen, um bei Gefahr Züge anhalten zu können. Ebenso müssen die Streifensträfte mit der Bedienung der Streckensprechern und ihrer ertlichen Lage bekannt gemacht werden. Die bisherige stille Arbeit des Streifenstrafes soll jetzt auch nach außen in Erscheinung treten. Neben den Streifensträften, deren Tätigkeit zur Verhinderung von Verbrechen oder Diebstählen das Tragen von Zivilkleidern erfordert, müssen sich Streifenstrafbeamte in besonderer Schutkleidung zeigen, um leuchtende Elemente abzufahren und den Reisenden das Gefühl der Sicherheit zu geben. Die weiße Armbinde mit dem Aufdruck „Bahnpolizei“ soll die Streifensträfte außerdem kenntlich machen. Wo die Vorbedingungen zur raschen Beweglichkeit des Streifenstrafes (Fahrräder, Motorräder mit Beiwagen) noch fehlen, ist für Abhilfe zu sorgen. Mit der ärztlichen Ausbildung der Streifenstrafbeamten in der ersten Hilfeleistung ist fortzuführen. Deftere Probealarme sind geeignet, für den Ernstfall gute Vorbereit zu leisten. Es wird erwartet, daß die Streifensträfte durch tatvolles Auftreten mit dazu beitragen, daß ihr Dienst auch als Dienst an der Allgemeinheit anerkannt wird.“

Die Verfügung ist das beste Eingeständnis dafür, daß der Sicherheitsdienst der Reichsbahn bisher viel zu wünschen übrig ließ. Es ist nur traurig, daß diese Erkenntnis erst nach erfolgten Unglücksfällen mit zahlreichen Menschenopfern möglich wurde.

Eine Musikberatungsstelle.

In letzter Zeit häufen sich die Klagen der Fachmusik-Lehrer über unzulässige Konkurrenz durch gewisse Musik-Institute, deren Unterrichtspraxis eine schwere Gefährdung aller musikalischen Bestrebungen darstellt. Es ist vorgekommen, daß in solchen „Konferatorien“ fünf bis sechs, in einem Falle sogar fünfzehn bis zwanzig Schüler während einer Unterrichtsstunde vereinigt wurden. Daß dieser häufig noch von unqualifizierten Lehrern erteilte Unterricht oft zu völliger Verblüdung führen muß, liegt auf der Hand. Die Sicherheit, mit der die Leiter dieser Unternehmen auftreten, läßt darauf schließen, daß hier mit einer Unkenntnis weiter Kreise in musikalischen Dingen gerechnet wird. Durch niedrige Honorare und kostenloser Bekleidung mit Noten und schlechten Instrumenten werden die Schüler gewonnen. Aber selbst das geringste Honorar hierfür ist vergeudet. Das Volksbildungsamt Reutlingen erachtet es für seine Pflicht, diesem Treiben gemeinsam mit allen Fachmusikern entgegenzuwirken. Zu diesem Zwecke wird eine städtische Beratungsstelle für Volks- und Jugendmusikpflege eingerichtet, in der sowohl über alle Fragen musikalischer Ausbildung, als auch über allgemeinere Fragen des Musiklebens unentgeltliche Auskunft und Rat erteilt wird. Die Sprechstunden werden jeden Dienstag von 1/2 bis 7 Uhr im Zimmer 256 (2. Stock) des Rathauses abgehalten.

Wegen Ermordung ihres neugeborenen Kindes wurde eine 22 Jahre alte Stütze Marie K. aus der Kadensteiner Straße in Köpenick von der Köpenicker Kriminalpolizei festgenommen. Sie gebirg einen Knaben, ohne daß man in der Hand etwas gemerkt hatte, und versuchte ihre Tagesarbeit fortzusetzen. Dabei fiel aber ihr Zustand der Hausfrau auf, die nun die Kriminalpolizei benachrichtigte. Jetzt stellte man fest, daß die K. das neugeborene Kind erwürgt und in den Reifkorb gepackt hatte. Sie wurde als Polizeigefangene nach der Charité gebracht.

Der unheilbare Akrone. In selbstmörderischer Absicht stürzte sich gestern abend der 68jährige Patient Friedrich Senff aus der Bismarckstraße zu Hermsdorf vom Garten der Universitäts-Klinik, in der Hiegelstraße 5/9, in die Spree. Vom Reidswasser-schiff aufgenommenen Bergungsversuche blieben bisher erfolglos. S. litt an einem unheilbaren Krebsleiden, so daß er beschloß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Tagure fliegt. Kubindranath Tagure kehrt am 25. September wieder nach Berlin zurück. Er hat für sich und seine drei Begleiter bei der Deutschen Luftfahrt in der Gegend von Berlin-Fließdorf—Berlin belegt und wird Sonnabend mittag auf dem Flughafen Tempelhof eintreffen.

Drei Arbeiter vom elektrischen Strom getötet. Drei Arbeiter, die, nach einer Meldung aus Graz, auf dem Bahnhof Uebelbach mit Ausbesserungsarbeiten an der Drahtleitung beschäftigt waren, warteten die Ausschaltung des elektrischen Stromes nicht ab und kamen der Leitung zu nahe. Alle drei Arbeiter wurden getötet.

Gänse als Feuerwelder. In Trebuschitz bei Brandeis a. d. Elbe (Böhmen) machten schmetternde Gänse einen auf Streife befindlichen Gendarm auf das Haus des Pächters Schmeikal aufmerksam. Als der Gendarm nahe kam, bemerkte er, daß das Haus innen hell brannte. Durch die Martinsögel waren die Bewohner vom Verbrennungstode gerettet und das Haus konnte teilweise erhalten werden.

Jugendgleisung in Japan. Wie aus Osaka gemeldet wird, ist der Expresszug Schimonosaki—Tokio entgleist. 28 Personen wurden getötet, 50 verletzt.

Eisenbahnunglück in England. In der Nähe von Carlisle stieß ein Schnellzug mit einer Lokomotive zusammen. Fünf Reisende wurden getötet und eine große Anzahl mehr oder weniger schwer verletzt.

Arbeiter-Kultur-Festell Groß-Berlin. Erstes Arbeiter-Sinfonie-Konzert am Sonnabend, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Straße. Werke von Beethoven, Brahms, Stravinsky. Preis der Einzeltickets 1,50 M. Alle vier Konzerte im Rahmen des 5. M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8, zu haben. — Wir bitten darum, schnellstens die Sammellisten für die Konzerte zurückzuführen.

Bezirksbildungsausschuh Groß-Berlin. Nächste Abendvorstellung am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in der Volkshäuser am Bülowplatz. Zur Aufführung gelangt die Komödie „Cypriana“ von Leo Greiner (nach Aristophanes). Preis der Karte einschließlich Kleiderabgabe und Theaterzettel 1,20 M. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof II, Zimmer 8, zu haben.

St-Trodenkursus im Bezirk Treptow. Zur Förderung des Wintersports veranstaltet das Bezirksjugendamt Treptow mit dem Sportlehrer Heinz einen St-Trodenkursus in der 1. Grünsiedlung, Treptow, Reichsstr. 48. Leitung: abends: Dienstag von 8 bis 10 Uhr. Kursumschlag 5 Mark, für Jugendliche (bis 20 Jahre) 3 Mark. Für interessierte Jugendliche Erwerb-lote sind im Rathaus Treptow (Zimmer 54) Teilnahmestellen unentgeltlich erhältlich. Übungs-Erter werden Kursteilnehmern von uns zur Verfügung gestellt. Anmeldungen zum Kursumschlag bis spätestens 1. Oktober an das Jugendamt Treptow. Bei genügender Beteiligung ist für den Winter eine mehrtägige Fahrt ins Gebirge in Aussicht genommen.

Die Explosion der Haslocher Pulverfabrik. Anklageerhebung gegen den Direktor und seinen Sohn.

Würzburg, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Direktor Schmidt der Pulverfabrik Hasloch, die am 20. Mai durch eine Explosion in die Luft flog, wobei 11 Arbeiter getötet und 23 schwer verletzt wurden, wurde gegen seinen Sohn, den Betriebsleiter Dr. Hermann Schmidt, ist nunmehr nach Abschluss einer langwierigen Untersuchung die Anklage wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung erhoben worden.

Das Räuberunwesen in Südböhmen.

Man schreibt uns aus Böhmen: In Südböhmen nimmt das Räuberunwesen in den letzten Wochen in auffälliger Weise überhand. Es ereignen sich Vorfälle, die direkt an das dunkelste Mittelalter gemahnen. Am Blauener Walde wurde von einer achtköpfigen Räuberbande ein Haus heimgesucht, das Haus wurde umstellt, die Fenster eingeschlagen. Die maskierten Räuber befahlen mit der Waffe in der Hand den Bewohnern, auf den Dachboden zu gehen. Inzwischen wurde das Haus ausgeplündert. Um dem Unwesen endlich zu steuern, sind sämtliche Gendarmereiposten verstärkt worden.

Das Niederfinowwer Schiffshebewerk.

Für das Schiffshebewerk Niederfinow hat das Reichsverkehrsministerium für das laufende Rechnungsjahr erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt, als ursprünglich vorgesehen waren, damit zwecks baldiger Beschäftigung von Arbeitslosen der Ausbau des Oberhafens für das neue Hebewerk noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden kann. Die Ausschreibung macht zur Bedingung, daß die Arbeiten bis zum Herbst 1927 beendet sind, damit im Winter 1927/28 die Verbindung mit dem Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin hergestellt werden kann und die schweren Eisenträger für den weiteren Bau auf dem Wasserwege möglichst dicht an ihre Verwendungsstelle herangebracht werden können.

Die Typhusepidemie in Hannover. Die Zahl der an Typhus Erkrankten betrug am Donnerstag vormittag 1730, gegen 1729 gestern abend, die der Toten 104, gegen 93 gestern abend.

Verurteilung eines Oberstadinspektors. Das große erweiterte Schöffengericht in Breslau verurteilte den Oberstadinspektor Otto Heinze wegen Betrugs in drei Fällen und Unterschlagung in Lateinheit mit Untreue in ebenfalls drei Fällen zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis und zu zwei Jahren Ehrverlust. Der Verurteilte wurde sofort verhaftet.

Familientragödie in Warschau. In der Nacht zum Mittwoch hat der frühere Direktor des Kreditdepartements des Finanzministeriums, Edmund Stankiewicz, in Warschau seine Frau und seine beiden Söhne durch Revolvergeschüsse getötet und sich dann selbst erhängt. Es wird angenommen, daß er die Tat, die großes Aufsehen erregt hat, in geistiger Unmachtung begangen hat.

Flugverkehr in Afrika. Der Luftverkehr zwischen Chartum und Djumala im Kongogebiet, der die Verbindung zwischen England und Britisch-Ostafrika in circa 10 Tagen ermöglichen soll und der als erste Teilstrecke des englischen Luftweges vom Kap der Guten Hoffnung nach Kairo gedacht ist, wird Anfang Dezember für sechs Monate probeweise aufgenommen werden. Die Linie ist 1400 englische Meilen lang und geht über den Sudan, Uganda und das Kongogebiet. Als Unternehmer fungiert die „North Sea Aerial and Transport Company“, die von den Regierungen von Uganda und Kenna je 2500 Pfund und von der des Sudan 2000 Pfund an Subventionen erhält. Für den Verkehr auf der Linie sind Bladburn-Flugzeuge des Typs aussersehen worden, mit dem Cockham seinen Flug nach Australien gemacht hat. Sie werden umstände sein, Lasten bis zu 1500 Kilogramm zu befördern und mit besonderen, für die Reise in heißen Ländern hergerichteten Passagiertabellen versehen sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Abteilungsleiter! Die Kassierer der 2. und 29. Abteilung (Berlin), der 81. Abteilung (Friedenau), der 107. Abteilung (Mitte), der 109. Abteilung (Friedrichshagen), der 117. Abteilung (Blütenberg), der 136. Abteilung (Reinickendorf-Ost) und der 138. Abteilung (Hermendorf), die sämtlich über 100 bis 600 Mitglieder zählen, haben trotz bereits öffentlicher Mahnung noch immer keine Abschlagszahlung geleistet.

Die zuständigen Vorstehenden und Revisoren werden dringend ersucht, hier Wandel zu schaffen.

H. A. Alex Pagels.

Abteilungsmieteroblate!

Die Funktionen nehmen an der Beschäftigung der Siedlung für Unterbreche Familien in Hohensteinhausen, an der Landsberger Chaussee, am Sonntag, den 26. September 1926, nachmittags 3 Uhr, teil. Treffpunkt zum gemeinsamen Abmarsch: Bahnhof Landsberger Allee, pünktlich 2 Uhr.

14. Kreis-Bezirksamt. Achtung! Die Versammlung der Abteilungsmieteroblate und Mietervertreter findet nicht, wie irrtümlich angegeben, am Freitag, den 24. September, sondern erst am Freitag, den 8. Oktober, abends pünktlich 7 Uhr, im Ideal-Kasino, Weichselstraße, statt.

Sport.

Eine neue Radrennbahn in Groß-Berlin.

Am 26. September wird die in aller Stille in Wannsee erbaute Radrennbahn vom Bunde Deutscher Radfahrer durch eine Kundgebung am Grabe des in Wannsee ruhenden Weltmeisters August Behr und durch ein Mannschaftsfahren um den „Lehr-Wanderpreis“ eröffnet werden. In den Rennen werden die bekanntesten Vereine des Gauves Berlin im BDR starten. Die 475 Meter lange Rennbahn liegt inmitten herrlichen Waldes an der Königsstraße als Bestandteil einer muster-gültigen Stadionanlage. Die Bahn ist von Mitgliedern der Sportvereine Wannsee mit Unterstützung der Stadt Berlin erbaut worden. Beginn der Rennen um 2 1/2 Uhr.

Helft den englischen Bergarbeitern! Drei Millionen Menschen hilfbedürftig.

Der Internationale Gewerkschaftsbund teilt mit: In einem an das Sekretariat des IGB. gerichteten Brief spricht der Sekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, Citrine, im Namen des Generalrates seinen aufrichtigen Dank aus für die von den Mitgliedern des IGB. und speziell den Landeszentralen von Holland, Norwegen, Dänemark, Schweden, Deutschland, Belgien und der Schweiz geleisteten Beiträge zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter.

Die englischen Genossen wissen diese Leistungen gebührend zu schätzen, machen jedoch darauf aufmerksam, daß die Not fortdauernd sehr groß ist, da — die Angehörigen der Bergleute mitgerechnet — insgesamt 3 Millionen Menschen hilfbedürftig sind.

In England selbst wird alles getan, um den Bergleuten beizustehen. Fast in jeder Stadt und jedem Dorf sind lokale Komitees an der Arbeit, um in Betrieben und Fabriken sowie durch die Veranstaltung von Konzerten usw. Beiträge zu sammeln. Neben diesen lokalen Fonds gibt es einen nationalen Fonds der Bergarbeiter und einen speziellen Fonds des nationalen Frauenkomitees im Betrage von 902.532 resp. 203.581 Pfund Sterling, deren Gelder ausschließlich für die Bergarbeiter verwendet werden. Im Falle Englands muß jedoch in Betracht gezogen werden, daß es ungefähr 1 1/2 Millionen Arbeitslose gibt und die Kassen der Verbände durch den Generalstreik um etwa 5 Millionen Pfund Sterling geschwächt wurden. Dazu kommen die durch den Streik indirekt wegen Kohlenmangels brotlos gewordenen Arbeiter in der Zahl von 750.000 sowie Tausende von Kurzarbeitern. Aus dem Fonds, den der Generalrat zur Unterstützung der durch den Generalstreik getroffenen Gewerkschaften errichtet hat, werden auch große Mengen von gemahregelten und ins Gefängnis geworfenen Arbeitern und ihre Angehörigen unterstützt.

Im Hinblick auf die durch diese speziellen Umstände geschwächte Finanzkraft der einzelnen Mitglieder sowie der Verbände sind die englischen Genossen ganz speziell auf Hilfe aus dem Auslande angewiesen.

Die vom britischen Gewerkschaftskongress angenommene Resolution, in der national und international der Dank des Kongresses für die geleistete Hilfe ausgesprochen, und auf die Notwendigkeit der Verdoppelung der Anstrengungen hingewiesen wird, gilt deshalb vor allem auch für die Kameraden außer halb Englands. Da sich nach dem entschiedenen Eintreten der Regierung für nationale Bepflegungen die Aussichten doch zu bessern scheinen, besonders, wenn die Bergarbeiter während der entscheidungsoffenen Zeit auf die Möglichkeit weiteren Durchhaltens hinweisen können, werden alle Organisationen und Arbeiter noch einmal zur Erhöhung der Sammeltätigkeit aufgefordert.

Die Antwort der Grubenbesitzer an Baldwin.

London, 23. September. (Zit.) Auf die Aufforderung Baldwins zur Beteiligung an neuen Verhandlungen mit den Bergarbeitern erklärten sich die Grubenbesitzer außerstande, sofort neue Vorschläge auf einer Sondertagung in London zu diskutieren, da sich im Augenblick nur der Präsident Sir Evans William in London befindet. Sie seien aber bereit, an ihre Bezirksorganisationen die Vorschläge auf schnellstem Wege zur Diskussion und Stellungnahme zu senden. Vertreter des Komitees der Grubenbesitzervereinigung seien auf dem Wege nach London, um sich für eine etwaige dringende Aufforderung der Downingstreet zu neuen Besprechungen bereit zu halten.

Zunehmende Ueberschichten. Unverminderte Arbeitslosigkeit.

Bodum, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Essen wird gemeldet, daß die Auftragsgänge beim Ruhrkohlenyndikat alles bisher Dagewesene übersteigen. Das Ruhrkohlenyndikat ist für prompte Auslandslieferung auf 8 Wochen hinaus ausverkauft. Die Förderung hat eine weitere Steigerung erfahren. Anstatt daß aber neue Arbeiter aus den 45.000 kurzzeit im Ruhrgebiet arbeitslosen Bergleuten genommen werden, werden die Belegschaften an zahlreichen Zechen gezwungen, Ueberschichten zu verfahren. Infolgedessen wird das Heer der Arbeitslosen im Ruhrgebiet nicht kleiner. Es ist notwendig, daß die maßgebenden Instanzen hier eingreifen. Nur ein gesetzliches Verbot kann diesem Ueberschichtenwahn Einhalt gebieten. Im Interesse der Gesamtwirtschaft ergibt sich die Pflicht, ein solches Verbot zu erlassen.

Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter.

In der jüngsten Generalversammlung am 20. September in den Sophienhallen hielt Eggert vom ADGB. einen längeren Vortrag über die internationalen wirtschaftlichen Probleme unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Eisenindustrie. Die Metallarbeiterschaft müsse mit allem Ernst an diese Materie herangehen, der mit Klassenkampfbekämpfungen nicht beizukommen sei. Es sei notwendig, sich auf diesem Gebiete die notwendigen Kenntnisse zu verschaffen, die Entwicklung der Dinge eingehend zu beobachten, nicht minder aber, die Reihen der Mitglieder rufen zu stärken, daß sie zu wirksamer Abwehr fähig sind. Von einer Beteiligung der Gewerkschaften an solchen Kartellverhandlungen sei keine Rede, wogegen man die Regierungen veranlassen müsse, verantwortliche Vertreter dazu zu entsenden. Aufgabe der parlamentarischen Parteien der einzelnen Länder sei es, die Tätigkeit ihrer Regierungen daraufhin zu kontrollieren. Aufgeklärte Arbeiter könnten derartige wirtschaftliche Erscheinungen nicht ignorieren. Wer bessere Vorschläge in dieser Frage zu machen habe, solle damit hervortreten.

Eine Diskussion über die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten war nicht vorgesehen.

wurde jedoch auf Antrag von Bernhard Krüger beschlossen. Ende rle gab zu, daß die Bildung von Industriearbeiterparteien nicht verhindert werden könne, doch müsse man die Forderungen der Arbeiterklasse in den Vordergrund stellen. Er polemisierte dann gegen den Bundesvorsitzenden des ADGB., Genossen Veipart, wegen dessen Erwiderung auf die Ausführungen Silberbergs, um zum Schluß als solchen auszuweisen, als beste Abwehr gegen das Unternehmertum zu empfehlen. Er verlas dann eine entsprechende Resolution, deren Annahme er empfahl.

Sommerfeld wandte sich dagegen, da die ewige Vertretung auf den Klassenkampf der AD. die Massen auf die Dauer nicht befriedigen könne. Die AD. verlängere nur unnötig den Weg gemeinsamen Vorgehens. Die zur Gewerkschaftseinheit schließlich ja noch notwendigen SPD.-Massen andauernd als „Kapitalistische“ zu beschimpfen, sei nicht geeignet, die Einheit zu fördern. In der Gewerkschaft sei das Einigen in den Vordergrund zu stellen und nicht das Trennende. Nach Annahme eines Schlufantrages nahm Eggert die Ausführungen Enderles unter die Lupe. Es seien allgemeine Platteheiten, wie er sie Enderle nicht zugetraut hätte. Mit starken Worten sei der Arbeiterschaft, in solchen Fragen zumal, nicht gedient. An Hand des kommunistischen Manifests wies der Referent die Folgerichtigkeit seiner Schluffolgerungen aus den Kartellbildungen nach, womit auch die Haltung des IGB. als richtig erwiesen werde.

Mit großer Mehrheit wurde hierauf die von Enderle eingebrachte Entschließung abgelehnt und die Generalversammlung vertagt.

Generalversammlung der Buchdrucker.

In der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus berichtete der Gauvorsitzende Braun über das letzte Quartal.

Er führte aus, daß in der Lehrlingsabteilung eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen ist. Man zählt jetzt rund 1600 organisierte Lehrlinge. Zu Beisitzern im Zentralvorstand wurden Bebold, Krüger, Fiedler und Pieper gewählt. Der Vorstandsvorsitz hat sich wegen der Verbote von Zeitungen an den Reichsminister des Innern gewandt. In dem Antwortschreiben heißt es lediglich, daß es die Reichsregierung freudig begrüßen würde, wenn sich in Zukunft durch eine entsprechende Tendenz der Zeitungen Verbote überbrügten.

Ueber die Lohnverhältnisse wurde eine Statistik aufgenommen. Die Zahl der in den einzelnen Berichtswochen vorhandenen Erwerbslosen ergibt ein wechselvolles Bild. Zuletzt waren insgesamt 1500 Kollegen arbeitslos; das sind für Berlin ungefähr 10% Proz.

Für die englischen Bergarbeiter sind bisher über 8000 M. abgeliefert worden. Es ist notwendig, die noch in Umlauf befindlichen Sammellisten schnellstens abzurechnen. Braun gab der Hoffnung Ausdruck, daß man ebenso wie die anderen Jahre auch das Krisenjahr 1926 überwinden werde.

Zur Festsetzung des Beitrages und der Gauzuschüsse führte Schlessler aus, daß der Verbandstag beschloß, eine Erhöhung der Gaubeiträge nicht vorzunehmen. Es soll vielmehr da, wo es möglich ist, eine Herabsetzung durchgeführt werden. Der Gauvorsitzende empfahl daher, die bisher gezahlten 50 Pf. Extrabeitrag aufzuheben und dafür den Gaubeitrag um 10 Pf. zu erhöhen. Dadurch erhöhen sich auch entsprechend die vom Gau geleisteten Unterstützungssätze. Ferner soll ein Extrabeitrag von 20 Pf. pro Woche gezahlt werden. Davon sollen ausgesteuerte und durchreisende Kollegen unterstützt werden. Der ab 26. September zu zahlende wöchentliche Beitrag erhöht sich demnach auf insgesamt 2,60 M. Schlessler wies noch darauf hin, daß die finanziellen Verhältnisse des Gauves als gut bezeichnet werden können.

In der Diskussion sprachen sich fast alle Redner für die Vorschläge des Gauvorsitzenden aus. Gegen wenige Stimmen wurden diese Vorschläge angenommen.

Zum Schluß rednete Braun mit den Kommunisten ab, weil sie sonst gegen Unterstützungen waren, jetzt aber durch Beibehaltung der Mietunterstützung ihr „warmes Herz für die Erwerbslosen“ betunden wollen.

Der Streik bei Panzer beigelegt.

Zwischen dem Deutschen Verkehrsbund und der Panzer A.-G. ist folgendes Abkommen getroffen worden:

1. Die Arbeit wird am 23. September 1926 aufgenommen. Als Einstellungsdatum gilt dieser Tag. 2. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. 3. Die neu eingestellte Belegschaft wählt einen Vertrauensmann, der der Betriebsleitung namhaft gemacht wird. Alle von Seiten der Arbeitnehmererschaft erforderlichen Verhandlungen werden bis zur Schöpfung einer gesetzlichen Betriebsvertretung zwischen der Betriebsleitung und dem Vertrauensmann geführt.

Nach drei Jahren wieder Tarifvertrag.

Hannover, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer und dem Arbeitgeberverband niedersächsischer Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke wurde am 20. d. M. ein Tarifvertrag nach dreijähriger Unterbrechung der tariflichen Regelungen abgeschlossen. Der Tarifvertrag hat Geltung für die preussischen Kraftwerke Hannover A.-G. und bringt Verbesserungen in Urlaub und den sozialen Bestimmungen.

Die Differenzen in Haverlands Festhale sind, wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten mitteilt, beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma Reinte u. Co. weigert sich, für die Neubauarbeiten der Schule in Hermendorf, Kaiserstraße, Ecke Werderstraße, den Akkordtarifvertrag anzuerkennen. Die Firma ist für Maurer gesperrt.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Eggert; Wirtschaft: Klaus Götter; Gewerkschaftsfragen: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schlotzki; Photos: und Schlichter; Bild: Rastbach; Anzeigen: Th. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Verlag: Reichs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formditsch-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Siner u. Co., Berlin SB 68, Lindenstraße 3.

Allerfeinste Natur-Butter 1.80
II. Qualität. 1.50
III. 1.20
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34.
Jed. Freitag frische junge Fettgänse 1.10
1.25
allererste Qualität.
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köntigsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Mieten Sie von uns
Staubsauger
„ORION“
in 6 Monaten
Ihr Eigentum
Raddatz & Co.
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123.

Tapefen 25, 30, 35 Pfg.
Riesenauswahl.
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
Artilleriestraße 36a
Ecke Elsässer Straße
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Auf Teilzahlung!
MÖBEL
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

Rontgenbedarf
Wegner
Alexanderplatz
la. Eiderfettkäse
6 Pfd. M. 6.- irko.
Dampf-Abschleib-
Kendaburg.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
Preisliste gratis
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

Besonders
Wirksam sind die RADDATZ ANZEIGEN
in der Gesamt-Anzeige
des „Vorwärts“ und betonen insbesondere billigt!

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Moulinplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude.)